



An den Grossen Rat

11.5064.02

PD/P 115064
Basel, 24. April 2013

Regierungsratsbeschluss vom 23. April 2013

Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend „überproportionale Einsparungen bei den staatlichen Museen“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 13. April 2011 den nachstehenden Anzug Heiner Vischer und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Laut dem Zweckartikel des Museumsgesetzes haben die fünf staatlichen Museen die Aufgabe, kulturelle Werte zu sammeln, zu bewahren, zu dokumentieren, zu erforschen und zu vermitteln. Sie erfüllen diese Aufgabe gestützt auf ihre Sammlungen, die Teil des Universitätsgutes und als solches Eigentum des Kantons Basel-Stadt sind.

Von den Einsparungen, die im Budget 2011 vorgenommen wurden, um den Ordentlichen Nettoaufwand des Kantons nicht weiter anwachsen zu lassen, blieben auch die Museen nicht verschont. Die Sparvorgabe des Regierungsrats führte jedoch bei vier der fünf staatlichen Museen zu einer überproportionalen Kürzung, weil bei rund 40 subventionierten nicht kantonseigenen Kulturinstitutionen Einsparungen wegen bestehender Verträge schwierig gewesen wären. Das Präsidialdepartement musste deshalb bei den kantonseigenen Institutionen überproportional sparen, um den Sparauftrag erfüllen zu können. Das führte beim Kunstmuseum, beim Antikenmuseum und Sammlung Ludwig, beim Historischen Museum Basel und beim Naturhistorischen Museum Basel zu Einsparungen von insgesamt 1'150'000 Franken. Das sind rund 540'000 Franken mehr, als bei einer linearen Umlegung des Kürzungsauftrags auf alle Kulturinstitutionen notwendig gewesen wären. Diese Kürzungen führen nicht nur im Jahr 2011 zu finanziellen Einschränkungen, sondern sie werden sich in den folgenden Jahren fortsetzen, wenn die überproportionalen Vorgabenreduktionen für die folgenden Jahre nicht wieder auf ein durchschnittliches Niveau reduziert werden. Geschieht dies hingegen nicht, ist bei den betroffenen Museen mit Entlassungen, mit weiteren drastischen Einschränkungen bei ihrer Vermittlungstätigkeit, einer Reduktion der Öffnungszeiten, Schliessungen von Museumsteilen und im Grenzfall sogar mit einer Infragestellung des gesetzlichen Auftrags zu rechnen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- inwiefern der überproportionale Sparauftrag bei den staatlichen Museen zu einer Infragestellung des gesetzlichen Auftrags der Museen führt, und
- ob es nicht angebracht ist, im Budget der kommenden Jahre, die überproportionalen Sparvorgaben bei den staatlichen Museen wieder auf ein durchschnittliches Niveau zu senken.

Heiner Vischer, Jürg Stöcklin, Christine Heuss, Martin Lüchinger, Oswald Inglin, Martina Bernasconi, Oskar Herzig, Annemarie Pfeifer“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Das Anliegen von Heiner Vischer und Konsorten spricht eine Situation an, die seit Inkrafttreten des Budgets 2011 mehrmals diskutiert wurde, untern anderem im Rahmen der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates, aber auch mit den Direktorinnen und Direktoren der Staatlichen Museen in der Museumsdirektorenkonferenz.

Die im Anzug formulierte Aussage, dass die fünf staatlichen Museen, mit Ausnahme des Museums der Kulturen, mit Budget 2011 von überproportionalen Einsparungen betroffen waren, ist korrekt. Ebenfalls korrekt ist die Begründung, welche die Anzugsteller selbst liefern, dass aufgrund bestehender Verträge die Umlagerung der Sparmassnahmen auf die rund 40 Subventionsempfänger sehr schwierig gewesen wäre, zudem sich von diesen zahlreiche in sehr engen strukturellen Verhältnissen befinden und von einer Einsparung gravierend getroffen worden wären.

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass den vier von Einsparungen betroffenen Museen dadurch eine einschränkende Situation entstanden ist, die zum Abbau von Leistungen, teilweise gar von Stellen, geführt hat. Zugleich hat der Regierungsrat mehrmals betont, dass er keinerlei Absicht hat, die gesetzlichen Aufträge der Museen zu gefährden oder grundsätzlich in Frage zu stellen. Daher ist es dem Regierungsrat wichtig klarzustellen, dass es sich bei den angesprochenen überproportionalen Einsparungen um einmalige handelt, die nicht fortgesetzt wurden oder werden. Im Gegenteil haben inzwischen mehrere Museen (HMB, NMB, MKB) punktuelle Erhöhungen ihrer Globalbudgets erhalten, die zwar die Einsparungen von Budget 2011 nicht ausgleichen, jedoch belegen, dass der Regierungsrat die Bereitschaft hat, den Museen weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten seine volle Unterstützung zukommen zu lassen.

Wir beantworten die konkreten Fragen des Anzugs wie folgt:

1. Infragestellung des gesetzlichen Auftrags der Museen

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die gesetzlichen Aufträge der Museen einerseits durch das Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) vom 16. Juni 1999 geschützt sind, andererseits aber ganz wesentlich zur Bedeutung und zum Weltruf der Kulturstadt Basel beitragen. Daher ist es ihm ein grosses Anliegen zu versichern, dass die Aufträge der kantonalen Museen - Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln - auch durch die Einsparungen von Budget 2011 nicht in Frage gestellt werden. Dies bestätigen die ausgezeichneten Aktivitäten aller Museen, die vielfach zu erleben und zu beobachten sind. Ebenso belegen es die eindrücklichen Besucherzahlen, die insbesondere 2012 zu verzeichnen waren (siehe Besuchsstatistik 2012, www.baselkultur.ch/Medienmitteilungen).

Die vielfachen Aufgaben der Museen (Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln) müssen unter dem zweifellos vorhandenen Finanzdruck und den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt auf ihre Aktualität und Realisierbarkeit überprüft werden. Im Rahmen seiner Strategie zur Basler Museumspolitik (Museumskonzept), die Ende 2013 vorliegen soll, wird sich daher der Regierungsrat eingehend mit den Aufträgen der kantonalen Museen und ihren Ressourcen befassen. Die staatlichen Museen werden dort auf ihre Aufgabe als Museen des 21. Jahrhunderts hin befragt.

Im Kulturleitbild schreibt der Regierungsrat dazu folgende vier Ziele (5.2 „Die Museumslandschaft profilieren“):

1. Kantonale Museumspolitik formulieren
2. Konzept zur Sicherung der Sammlungen erstellen

3. Profile der (Kunst)Museen schärfen
4. Öffnung der Museen zur breiten Bevölkerung erreichen

Mit der Strategie zur Basler Museumspolitik will der Regierungsrat die Zukunft der Staatlichen Museen sichern und ihre wertvollen Sammlungen für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

2. Senkung der überproportionalen Sparvorgaben

Die überproportionalen Einsparungen waren eine einmalige Massnahme, die auf Budget 2011 umgesetzt wurde und sich seitdem nicht wiederholt hat. Die Einsparungen können deshalb nicht auf ein durchschnittliches Niveau gesenkt werden, wie dies die Anzugsteller fordern, weil sie nicht fortgesetzt werden. Daher ist die Grundlage nicht gegeben, in den Budgets der kommenden Jahre gemäss den Vorschlägen von Heiner Vischer und Konsorten zu reagieren. Es gilt festzuhalten, dass die Budgets, der von den Einsparungen 2011 betroffenen Museen seitdem von keinen weiteren Einsparungen betroffen waren, sondern, wie oben dargestellt, teilweise in Folge von entsprechenden Anträgen wieder erhöht wurden.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend „überproportionale Einsparungen bei den Museen“ abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin